

Unterm Pflaster liegt die Bahn

Berliner Fahrgastverband Igeb will in einem verkehrspolitischen Utopia die Untertunnelung von Kreuzberg

Von **Claudius Pröber**

Eisenbahnplaner und Försterinnen haben etwas gemeinsam: Sie denken in sehr langen Zeiträumen. Bäume wachsen eben langsam, und Brücken oder Tunnel müssen oft schon geplant werden, lange bevor tatsächlich einmal Züge rollen. Denn auch Städte entwickeln sich in überschaubarem Tempo, selbst wenn es bisweilen einen anderen Anschein hat.

Ein Projekt, das Anfang der 90er erdacht, zu den Akten gelegt, reanimiert und schließlich in Teilen umgesetzt wurde, ist die sogenannte City-S-Bahn, einst auch S21 genannt, bis ein ähnlich klingendes Projekt in Stuttgart das Kürzel kompromittierte. Dieser zweite Nord-Süd-Tunnel soll den vergleichsweise schlecht angeschlossenen Berliner Hauptbahnhof mit der Ringbahn verbinden. Im Sommer 2021 soll der erste Abschnitt in Betrieb gehen: Dann wird der S-Bahnhof Wedding mit dem Hauptbahnhof verbunden. Den westlichen Abzweig zum S-Bahnhof Westhafen haben Bund und Berlin, die das Milliardenprojekt kofinanzieren, noch nicht umgesetzt.

Allerdings wurde kürzlich nach langem Hin und Her entschieden, wie der weitere Streckenverlauf vom Hauptbahnhof zum Potsdamer Platz einmal aussehen wird. Dazu muss sich der neue Tunnel nämlich unter dem sicherheitsrelevanten Bereich rund um den Reichstag entlangschlängeln.

Auftritt Berliner Fahrgastverband Igeb: Sein Vorsitzender Christfried Tscheppe, von dem auch der Vergleich mit der Forstwirtschaft stammt, stellte am Donnerstag zusammen mit Stellvertreter und Sprecher Jens Wieske eine kühne Weiterentwicklung des Projekts vor: Die City-S-Bahn soll zur „Durchmesserlinie“ werden, auf der man umsteigefrei zum künftigen Siemens-Campus zur Wissenschaftsstadt Adlershof rollen kann.

Wie das? Der Anschluss an die Siemensbahn im Nordwesten, die der rot-rot-grüne Senat ohnehin reaktivieren will, ist das kleinste Problem. Dazu braucht es laut Igeb „nur“ einen weiteren Bahnsteig am Bahnhof Jungfernheide – anders lasse sich ein stabiler Fahrplan auf dem Ring nicht sicherstellen. Ebenso wichtig und auch machbar (aber eben noch nicht in Angriff genommen) ist der bereits erwähnte Nordwestanschluss des Hauptbahnhofs und der Bau des S-Bahnhofs Perleberger Brücke. „Den fordern wir seit Jahren gebetsmühlenartig“, so Wieske.

Und jetzt kommt's: Der Igeb schlägt vor, einen Tunnel vom Potsdamer Platz abzweigen zu lassen, der erst an der Kieffholzstraße wieder ans Licht kommt und an die Trasse nach Schönefeld anschließt. Dazu muss Kreuzberg komplett unterquert werden. Ein paar neue S-Bahnhöfe gäbe es auch: Kochstraße, Moritzplatz, Görlitzer Bahnhof und Glogauer Straße. Für alle, die sich heute im M29-Konvoi durch die Stadt quälen, paradiesische Zustände.

Freilich ist das ein verkehrspolitisches Utopia, und die Igeb-Experten sagen selbst: Es würde sehr, sehr teuer. Nur finden sie, dass man jetzt schon mitdenken muss, was vielleicht noch nach Visionen à la Helmut Schmidt klingt. „Es ist gewissermaßen ein Prüfauftrag an die Politik“, so Tscheppe, „auch wenn es erst in 50 Jahren realisiert werden sollte.“

Queer Lecture

Wie PrEP Sex ändert

Schwule Subjektivität, Biopolitik und Demokratie

PrEP ändert Sex. Medizinische Technologie beeinflusst das Verhalten von Schwulen und die Ethik von schwulem Sex: Die lange Ära des Kondoms neigt sich zum Ende, denn es gibt PrEP (Prä-Expositions-Prophylaxe), eine HIV-Prävention durch Medikamente. Doch wer entscheidet wie darüber, wie Schwule Sex haben und haben sollten? Und ist PrEP der neueste Schritt in der medizinischen Überwachung schwuler Körper für die Profitinteressen der Pharmaindustrie oder eine neue Befreiung der Sexualität?

Eine Queer Lecture mit Dr. **Karsten Schubert** (karstenschubert.net).

Eine Veranstaltung der Initiative *Queer Nations* in Kooperation mit der taz.

taz Konferenzraum, 1. Stock

Freitag, 7. Februar 2020, um 19 Uhr, Eintritt frei
taz Neubau, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin-Kreuzberg

Hilfe gegen Kulturkampf

Weil Rechte in Gedenkstätten zunehmend provozieren, wurde am Holocaust-Mahnmal eine Broschüre zum Umgang damit vorgestellt



Zu Risiken und Nebenwirkungen rechter Geschichtspolitik fragen Sie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Uwe Neumärker, Bianca Klose und Dirk Behrendt präsentieren eine antifaschistische Handreichung

Von **Gareth Joswig**

Uwe Neumärker, der Direktor des Denkmals der ermordeten Juden Europas, ist am Donnerstagmorgen sichtlich angefasst. Sein Wortbeitrag beginnt er mit einer bedachtsamen Pause. Dann sagt er: „Mit dem gestrigen Tag hat sich etwas verändert.“ Er sei noch immer etwas sprachlos angesichts der Wahl von Thomas Kemmerich (FPD) zum thüringischen Ministerpräsidenten durch die Stimmen von AfD, CDU und FDP.

Als das Holocaust-Mahnmal, eines der meist frequentierten deutschen Tourismusziele überhaupt, 2005 errichtet wurde, hätte es noch den gesellschaftlichen Konsens gegeben, dass wir uns zu in deutschen Namen begangenen Verbrechen bekennen, sagt Neumärker: „Dieser Konsens ist brüchig geworden, das Unsagbare ist wieder sagbar, Gewissheiten von vor fünf Jahren sind keine mehr.“ Das sei gerade in Erinnerungsorten und Gedenkortorten täglich zu spüren. Auch Fragen nähmen zu, die mit typischen Phrasen anfangen wie „Darf man denn hier sagen ...?“ oder „Ich traue mich mal ...“

Um sich vor Provokationen durch Rechtsextreme, störende Landtagsabgeordnete bei Gedenkveranstaltungen und andere Angriffe auf Erinnerungskultur zur Wehr zu setzen, hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) am Donnerstag in der Gedenkstätte des Holocaust-Mahnmals eine neue Handreichung „Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen“ vorgestellt. Vor Ort sind neben Neumärker auch Bianca Klose vom MBR, Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dirk Behrendt (Grüne), sowie Daniela Byström, Kuratorin des Brücke-Museums, die sich von der MBR bereits erfolgreich beraten ließ.

„Das Höcke-Zitat vom ‚Denkmal der Schande‘ kennen die Leute. Die Geschichte des Holocaust weniger“, sagt Neumärker. Der thüringische AfD-Landeschef Björn Höcke war bei Weitem nicht der Einzige, aber wohl der Erste, der derart öffentlichkeitswirksam und unverhohlen im Januar 2017 eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte unter dem Gejohle seiner Anhänger:innen im Dresdner Brauhaus.

Bianca Klose von der Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus kann den in Gedenkstätten und Museen schon länger spürbaren Rechtsruck an konkreten Vorfällen festmachen: ob das nun eine Besuchergruppe auf Einladung der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen ist, deren Teilnehmer die Existenz von Gaskammern infrage stellen, oder ein rechter extremer YouTuber, der einer Schülergruppe zuruft: „Glaubt nicht alles, was in Gedenkstätten erzählt wird“, und später daraus einen Beitrag für die Videoplattform erstellt.

„Auch die Mitarbeitenden von Gedenkstätten und Museen sind mit dem allgemei-

„Geschichtspolitik ist ein Kampffeld, zentraler Akteur die AfD“

Bianca Klose, MBR

nen Rechtsruck in unserer Gesellschaft mit einer regelrechten Enthemmung konfrontiert“, sagt Klose. Rund 23 Anfragen von Berliner Museen und Gedenkstätten hätte die MBR in den vergangenen Jahren erreicht. Vorkommnisse reichen von rechtsextremen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen über antisemitische Gästebeurteilungen und rechte Shitstorms bis hin zu gezielten Provokationen und Störungen von Gedenkveranstaltungen. Dahinter steht laut Klose eine

Nazis raus aus Museen

Vorbereitung Für Museen und Gedenkstätten ist wichtig, mit Mitarbeitenden ein demokratisches Leitbild zu erstellen. Politische Neutralität ist ungleich Wertneutralität. Helfen kann, Antidiskriminierungsklauseln und Verhalten in Besuchsordnungen festzuschreiben.

Ernstfall Auf revisionistische Argumentationsmuster vorbereitet sein. Wenn Neonazis und/oder AfDler sich nicht benehmen: rauschmeißen und bei strafrechtlich relevanten Äußerungen anzeigen. Nach Störfällen mit aktiver Pressearbeit in die Offensive gehen. (Quelle: MBR) (gjo)

gezielte Strategie: „Rechtsextreme Gruppen begreifen Geschichtspolitik als wichtiges Aktionsfeld ihres Kulturkampfs.“ Ziel sei ständige Grenzüberschreitung, um Normalisierung und kulturelle Hegemonie, also Deutungshoheit, zu erreichen.

„Geschichtspolitik ist ein Kampffeld. Zentraler Akteur ist die AfD“, sagt Klose. Das zeigten Forderungen nach einer „erinnerungspolitischen Wende“ und die „Vogelschiss“-Rede des AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland.

Wie umgehen mit Provokationen, Störungen und dem Besuch von AfD-Gruppen? Diese Fragen hätten Gedenkstätten immer wieder der Mobile Beratung gestellt.

Erkenntnisse aus der Beratungspraxis haben nun zur vorgelegten 45-seitigen Handreichung geführt. Die Broschüre rät im ersten Schritt, ein demokratisches Leitbild zu entwickeln. Denn mit den Angriffen auf kritische Erinnerungspolitik ginge es Rechtsextremen „eigentlich um heute: Sie stellen die demokratischen Prinzipien der heutigen Gesellschaft infrage“, so Klose.

Demokratische Leitbilder seien Grundlage für die Abwehr von Angriffen. „Das A und O“, sagt Klose von der Beratungsstelle, „ist dabei die inhaltliche Auseinandersetzung. Wie kann ich mich auf die geschichtspolitischen Narrative vorbereiten, dass ich sicher in der Argumentation bin?“ Darüber hinaus sei möglich, Antidiskriminierungsklauseln in Besuchsordnungen zu formulieren, vor Rundgängen respektvolles Verhalten einzufordern, von der AfD geforderte politische Neutralität nicht mit Wertneutralität gleichzusetzen. Man müsse parteipolitisch neutral sein, nicht aber wertneutral. Ein Ausschluss von Rechtsextremen sei keineswegs undemokratisch, heißt es in der Broschüre.

„Ob Rechtsextreme erfolgreich sind, hängt von der Haltung der Demokraten ab“, sagt Klose, man dürfe weder Agenda noch Themen der Rechten übernehmen. „Thüringen zeigt, wie brüchig dieser Konsens zu sein scheint.“ Dass Tabubrüche wie dieser nicht hingenommen werden, sei eine wichtige Aufgabe von Gedenkstätten, die wertvolle Diskursräume schaffen, statt nationale Sinnstiftung zu treiben.

Vogelzählung Spatzen sind die Stars

Bei der Mitmachaktion „Stunde der Wintervögel“ haben Naturliebhaber mehr als 82.000 Vögel in Berliner Gärten und Parks gezählt. Am häufigsten sichtet die knapp 3700 Teilnehmer Spatzen vor Kohl- und Blaumeisen, wie der Naturschutzbund Berlin mitteilte. Dahinter folgen Nebelkrähen und Amseln. Die Zahl der insgesamt pro Garten gemeldeten Vögel blieb mit 33,5 im Vergleich zu 2019 ungefähr konstant. Bundesweit beteiligten sich laut dem Nabu-Bundesverband mehr als 143.000 Menschen und zählten über 3,6 Millionen Vögel. Alle Bundesländer zusammen genommen, lag die Vogelanzahl pro Garten mit 37,3 in diesem Jahr erneut niedriger als im langjährigen Vergleich. Aus Nabu-Sicht hängt das mit den schneearmen Wintern zusammen. Erst bei Kälte und Schnee suchten viele Waldvögel die wärmeren Gärten auf, hieß es. (dpa)

Nur leichter Anstieg Essenspreise sind auf Diät

Die Preise für Nahrungsmittel sind in Berlin und Brandenburg im vergangenen Jahr weniger stark gestiegen als zuvor. In der Bundeshauptstadt musste man 1,2 Prozent mehr zahlen als noch 2018, wie das Amt für Statistik am Donnerstag mitteilte. In Brandenburg verteuerten sich Lebensmittel um 1,4 Prozent. In 2018 und 2017 hatten die Preise in Berlin jeweils um 2,3 Prozent angezogen, in Brandenburg um 2,5 Prozent beziehungsweise sogar um 3 Prozent im Jahr 2017. „Besonders spürbar erhöhten sich die Preise für Gemüse“, teilten die Statistiker weiter mit. In dieser Gütergruppe legten sie um 6 Prozent in Berlin und 7,3 Prozent in Brandenburg zu. Wie auch die Preise für Fisch, Fischwaren und Meeresfrüchte. (dpa)

Mendelssohn-Preis Vorschläge für den Preis gesucht

Der Berliner Senat vergibt zum 21. Mal den Moses-Mendelssohn-Preis zur Förderung der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und zwischen den Völkern und Religionen. Mit dem mit 10.000 Euro dotierten Preis werde jeweils eine Persönlichkeit, Gruppe oder Institution ausgezeichnet, die sich durch ihr Wirken auf geistig-literarischem, religiös-philosophischem oder kulturellem Gebiet um die Verwirklichung der Toleranz verdient gemacht hat, teilte die Berliner Kulturverwaltung am Donnerstag mit. Vorschläge für den Preis werden demnach bis 6. April entgegengenommen. Eine unabhängige Jury wird Ende April über die Auszeichnung entscheiden. Vergeben wird der Preis im November. (epd)